

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 37 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Mittwoch, 14. Februar 1968

Einzelpreis 30 Pf

Olympische Winterspiele

Die Medaillengewinner

5-km-Langlauf, Damen:
Gold: Toini Gustafsson (Schweden)
Silber: Galina Kulakowa (UdSSR)
Bronze: Alewtina Koltschina (UdSSR)
Beste Deutsche: 12. Christine Nestler (DDR)

Spezialslalom — Damen:
Gold: Marielle Goitschel (Frankreich)
Silber: Nancy Greene (Kanada)
Bronze: Annie Famose (Frankreich)
Beste Deutsche: 6. Burgl Färbiner (Schellenberg)

Mit einer Riesenüberraschung endete der dritte Lauf im Rennrodeln. Die Medaillenhoffnungen der Mädchen aus der DDR zerstoben mit der Disqualifikation der führenden Otrun Enderlein, Anna-Maria Müller und Angela Knösel (Vierte). Sie hatten die Kufen ihrer Schlitten regelwidrig erwärmt.

Endgültige Quoten

Lotto: Gewinnklasse 1: 20mal 190.653,90 DM; Gewinnklasse 2: 66mal 14.443,45 DM; Gewinnklasse 3: 2331mal 2044,75 DM; Gewinnklasse 4: 92.465mal 51,55 DM; Gewinnklasse 5: 1.419.910mal 3,55 DM.

Toto: Ergebnisswette: 1. Rang: 933,25 DM; 2. Rang: 320,60 DM; 3. Rang: 26,70 DM. — Auswahlwette „6 aus 9“: 1. Rang 255.604,80 DM; 2. Rang: 12.780,20 DM; 3. Rang: 707,35 DM; 4. Rang: 26,75 DM; 5. Rang: 3,— DM. — (Ohne Gewähr).

Bundestag erörtert Leber-Plan

Leber Zielsetzung einig - Begünstigung des Zonenrandgebiets wird beibehalten

BONN (dpa/upi). Die Fraktionen der Großen Koalition sind sich lediglich über die Ziele einer Neuordnung des gesamten Verkehrswesens einig, nicht aber über die notwendigen Methoden. Das ergab sich gestern in der

Während Leber die wirtschaftliche Gesundung der Bundesbahn durch Personaleinsparungen, Streckenstilllegungen und Verwaltungsrationalisierung erreichen will, befürwortet Müller-Herrmann eine beträchtliche Kapitalaufstockung der Bahn, um mit zusätzlichen Investitionen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die geplanten Maßnahmen im Straßengüterverkehr sind nach Lebers Worten notwendig, um weitere Transportverluste der Schiene abzuwenden und eine stärkere Zunahme des Werkfernverkehrs zu verhindern.

Die Begünstigung des Zonenrandgebietes, der Frachthilfengebiete und des Berlin-Verkehrs seien in den Neuregelungen beibehalten worden.

Einzelne Härten nicht zu vermeiden
Leber hob hervor, die Personaleinsparungen bei der Bundesbahn (82.000 Bedienstete bis 1972) sollten ohne Entlassungen vor sich gehen, doch würden sich im Einzelfall Härten kaum vermeiden lassen.

Die von Müller-Herrmann vorgeschlagene Kapitalerhöhung der Bundesbahn ist nach Lebers Worten nicht zu verwirklichen, weil die dazu erforderlichen vielen Milliarden weder im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung noch aus Fremdmitteln aufgebracht werden könnten.

Kritik an den Methoden
Müller-Herrmann unterstrich bei der Begründung seiner Vorschläge, die CDU/CSU stimme den Zielen des Leber-Plans weitgehend zu, Er machte jedoch Bedenken gegen die darin vorgesehenen Methoden zur Verkehrsanpassung geltend. Das Verkehrsprogramm stehe im

Widerspruch zu anderen proklamierten Zielen der Bundesregierung. Während das Bundes-Wirtschaftsministerium Steuererhöhungen nicht wünsche, bringe der Leberplan erhebliche Mehrbelastungen mit sich. Als „steuersystemwidrig, EWG-widrig und verfassungswidrig“ wertete der Verkehrsexperte die von Leber vorgeschlagene Beförderungsteuer im Güterfernverkehr.

FDP: Defizitquelle wird nicht erfaßt
In der Diskussion über die beiden vorgelegten Pläne kritisierte die FDP-Opposition, daß das verkehrspolitische Programm der Bundesregierung die Hauptdefizitquelle der

Deutschen Bundesbahn, den Personenverkehr, in keiner Weise berücksichtige.

„Bundesbahn zahlt jede Stunde 100 000 Mark Zinsen“
Nach Darstellung des SPD-Abgeordneten Philipp Seibert (Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands) hat die Bundesbahn zur Zeit 16 Milliarden Mark Schulden. Sie zahle dafür im Jahr etwa 900 Millionen Mark Zinsen oder jede Stunde 100 000 Mark. Diese Belastung sei untragbar und eine Folge der Verkehrs- und Finanzpolitik der letzten zwanzig Jahre.



SEIN VERKEHRSPOLITISCHES PROGRAMM erläuterte gestern Bundesverkehrsminister Leber vor dem Bundestag.

Noch mehr US-Soldaten nach Vietnam

Amerikaner bombardieren Vororte von Saigon - Pest droht Flüchtlinge

WASHINGTON (upi/ap/dpa). Die USA werden weitere 10 500 Mann an Kampftroepen auf den südvietnamesischen Kriegsschauplatz entsenden. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wird mit dieser Maßnahme ein Wunsch des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam, General Westmoreland, entsprochen. Die Zahl der amerikanischen Truppen in Südvietnam wird nach Eintreffen der neuen Einheiten auf 510 500 Mann steigen.

Unterdessen belegen achtstrahlige US-Fernbomber vom Typ B-52 „Stratofortress“ gestern Randbezirke von Saigon mit Bombenteppichen, um

einer zweiten Partisanen-Invasion der südvietnamesischen Hauptstadt vorzubereiten. Nach Mitteilung alliierter Sprecher griffen amerikanische und südvietnamesische Truppen gleichzeitig die Widerstandsnester des Vietkong im Chinesenviertel Cholon an. Einem Regierungssprecher zufolge sind 217 000 Heimatlose in Saigon zusammengedrängt.

Unter diesen Heimatlosen greift die Furcht vor dem Ausbruch einer Pestepidemie um sich. Ärztegruppen begannen mit Massenimpfungen unter den Flüchtlingen, die zum größten Teil unter verheerenden sanitären Verhältnissen leben. Außer

der Pest drohen den Bewohnern der Hauptstadt noch Cholera und Typhus.

Nur meterweise in Hue vorwärts
In Hue beherrscht der Vietkong noch immer die Zitadelle. Amerikanische Marineinfanteristen, die seit 15 Tagen vergeblich das Bollwerk berennen, kämpfen sich stellenweise nur meterweise vorwärts.

US-Bomber setzten auch gestern ihre Angriffe auf vermutete nordvietnamesische Truppenkonzentrationen in der Umgebung des eingeschlossenen US-Stützpunktes Khe Sanh fort. Die Festung lag unter dem Granatverfeuer der Belagerer.

Rotes Kreuz soll deutschen Ärzten helfen
Der deutsche Botschafter in Saigon, Dr. Kopf, hat sich wegen der in Hue festgenommenen deutschen Ärzte an die internationale Kontrollkommission für Vietnam gewandt. Der Botschafter hat jedoch noch keine Antwort bekommen. Der Botschafter äußerte, er habe immer geglaubt, daß gerade die Deutschen in Hue am sichersten seien, da die Ärzte sehr beliebt und bekannt waren. Dr. Kopf wies darauf hin, daß die Ärzte außerhalb Hues ein Krankenhaus betreut hätten, in dem sicherlich auch oft Vietkong behandelt worden seien, da es in einem von Vietkong beherrschten Gebiet liegt.

Debatten um Ostpolitik

Drei CDU-Politiker wollen bei Brandt den Gewaltverzicht zur Sprache bringen - SPD fordert klare Verhältnisse

BONN (upi/dpa). Führende Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen demnächst mit Bundesaußenminister Brandt über den gegenwärtigen Stand der deutsch-sowjetischen Gespräche zum Austausch gegenseitiger Gewaltverzichtserklärungen beraten.

Ein Sprecher der Unionsfraktion bestätigte gestern, die Abgeordneten Gradl, Majonica und von Eckardt seien beauftragt worden, bei Brandt eine Unterredung nachzusuchen. Wie aus Kreisen der Unionsparteien verlautete, will die CDU/CSU-Fraktion nach diesem Gespräch ihre offizielle Haltung zu den Gewaltverzichtsbearbeitungen festlegen.

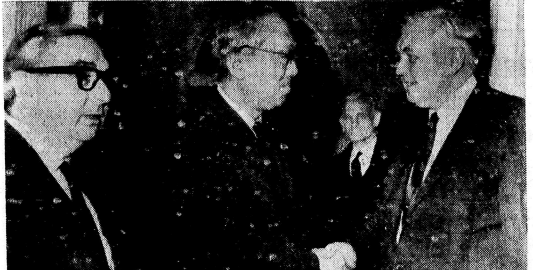
In den letzten Tagen hatte es — wie schon gemeldet — über die Form des Gewaltverzichts zwischen den beiden Koalitionsfraktionen eine Kontroverse gegeben.

Der SPD-Pressedienst schreibt dazu in einer gestrigen Ausgabe: „Schon seit längerer Zeit haben CDU- und CSU-Abgeordnete an der in der Regierungserklärung festgelegten Ost-Politik herumgemäkelt.“ Deshalb hätten klare Verhältnisse geschaffen werden müssen.

Auswärtiges Amt: „Knappstein-Indiskretion“ nicht von Guttenberg
Wie gestern ein Sprecher des Auswärtigen Amtes mittelteil, stammen die Indiskretionen über den aufsehergeordneten „Knappstein-Bericht“ nicht vom parlamentarischen Staatssekretär des Kanzleramtes, Freiherrn zu Guttenberg. Das hätten die

Untersuchungen des Auswärtigen Amtes schon ergeben.

Das Auswärtige Amt hatte den Bericht des deutschen Botschafters in Washington, Heinrich Knapstein, in dem amerikanische Bedenken gegenüber einem möglichen Alleingang Bonn mit Moskau geäußert wurden, in mehreren Kopien auch an das Kanzleramt weitergegeben.



IN SEINEM AMTSSITZ in der Downingstreet 10 begrüßte der britische Premierminister Harold Wilson (rechts) seinen Gast, den UN-Generalsekretär U Thant. Ganz rechts Außenminister George Brown.

U Thant heute in Paris

UN-Generalsekretär ändert plötzlich seine Reisepläne

LONDON (dpa/upi). UN-Generalsekretär U Thant hat gestern Abend seine Abflug nach New York in letzter Minute aufgeschoben. Das britische Außenministerium bestätigte diese Tatsache ohne jedoch Gründe zu nennen.

U Thant hatte gestern mit Premier Wilson und Außenminister Brown das Vietnam-Problem erörtert. Er wollte ursprünglich seine diplomatische Rundreise Neu-Delhi — Moskau — London gestern beenden.

Ein UN-Sprecher in London erklärte am Abend, U Thant habe seine Rückreise nach New York ver-

schieben, um weitere Konsultationen zu führen. Der UN-Generalsekretär werde heute vormittag nach Paris weiterreisen. Von diplomatischer Seite in London wurde die Vermutung geäußert, U Thant werde in der französischen Hauptstadt mit einem Vertreter Nordvietnams zusammentreffen.

Nach einer einhalbstündigen Unterredung mit U Thant hatte Wilson von dem Unterhause die Ansicht vertreten, daß nur noch eine schmale Kluft zwischen Nordvietnam und den Vereinigten Staaten zu überbrücken sei, wenn es zu Friedensgesprächen über Vietnam kommen solle.



EIN WALD VON TRANSPARENTEN wurde dem Bonner Universitätsrektor Schneemelcher entgegengehalten, als er zu etwa 2000 demonstrierenden Studenten sprach. Unter Beifall und Buh-Rufen forderte der Professor die Anwesenden auf, jeden Terror abzuwenden, damit die Universität nicht ihren Sinn verliere. Die Demonstranten forderten dagegen die Einstellung der Disziplinarverfahren gegen zwei Studenten und den Rücktritt des Professors.